

«Rheintal+»-Update: Zur Kenntnis genommen

Das Bild wiederholt sich: Auch in Baldingen hielt sich das Interesse an den Zwischenergebnissen des «Rheintal+»-Prozesses in Grenzen. Es kamen 20 Personen.

BALDINGEN (tf) – «Hast du auch noch gute Neuigkeiten?» Diese Frage hat sich in der Erinnerung an den Baldinger «Rheintal+»-Abend festgesetzt. Sie wurde aus dem Publikum gestellt, nachdem Martin Süss, Rechnungsführer der heutigen Verwaltung 2000, die Resultate zu den finanziellen Folgen eines Zusammenschlusses der «Rheintal+»-Gemeinden vorgestellt hatte. Der Votant unterstrich damit, was in der Präsentation bereits grundsätzlich durchgedrungen war: Ein Steuerfuss von 115 Prozent würde für die neue Grossgemeinde zu einer sehr anspruchsvollen Aufgabe. Beine hochlegen und abwarten wäre dann eher keine Option (mehr).

Was aber auch gesagt wurde an diesem Mittwochabend war, dass eine Fusion nicht nur aus finanzieller Motivation umgesetzt werden dürfe. Welche Vorteile, aber auch Risiken ein Zusammenschluss von zehn Gemeinden im Rheintal sonst noch haben könnte, kam ausführlich in den acht Präsentationen zu den Themengebieten aus Facharbeitsgruppen zum Ausdruck (siehe Kasten).

Die Stimme der Kleinen hören

Viele Reaktionen auf die vorgestellten Resultate gab es in Baldingen nicht. Es wurde klar, dass sich auch Einwohner in

Baldingen Sorgen darüber machen, dass am Schluss nicht alle Orte genügend stark vertreten sind mit ihrer Stimme im neuen Gebilde. Gemeindeammann René Meier entgegnete, dass er sich nicht vorstellen könne, dass ein künftiger Gemeinderat nur im grossen Ort für gutes Trinkwasser Sorge.

Zu reden gab auch die Frage des ÖV. So wurde befürchtet, dass in einer künftigen Grossgemeinde ein Ortsteil irgendwann nicht mehr angefahren werde, weil die Frequenzen zu tief seien, so wie das heute schon mit einigen Weilern in Lengnau / Endingen der Fall sei. Es wurde entgegnet, dass dies nicht vergleichbar sei. Von der Grösse her nicht und von der historischen Entwicklung her nicht. Viele der Weiler hätten nie eine Anbindung gehabt, das sei im «Rheintal+»-Gebiet anders. Dass eine Linie eingestellt werde, sei nicht denkbar.

Wasser- und Abwasserfragen wurden in Baldingen nicht intensiv diskutiert, aber der Hinweis, dass es sich bei den anvisierten Kubikpreisen um Franken pro 1000 Liter handle, mahnte, dass selbst ein Preis von drei Franken für 1000 Liter immer noch tief ist. Vor allem, wenn man bedenkt, dass man für den gleichen Preis im Laden höchstens ein Dutzend Liter «Mineral still» erhalte.



Im Falle einer Fusion würde Baldingen zum Ortsteil einer Grossgemeinde. Hiesse sie Kaiserrieth, sähe die Ortstafel so aus.

Eckpunkte zur Grossgemeinde

Noch ist nichts in Stein gemeisselt. Die acht Facharbeitsgruppen des «Rheintal+»-Prozesses stecken weiterhin in der Diskussionsphase zu den einzelnen Dossiers. Mindestens ein wenn nicht sogar zwei weitere Workshop-Abende werden im Spätsommer notwendig sein, um noch vorhandene Unstimmigkeiten auszudiskutieren, offene Fragen zu beantworten und richtungsweisende Entscheide zu fällen.

Das Ziel ist für jede Facharbeitsgruppe dasselbe: Ein von einer Mehrheit beschlossenes Bündel an Empfehlungen zu ausgewählten Schwerpunktthemen, die für eine Fusion relevant wären. Erst, wenn man sich auf Empfehlungen geeinigt hat, werden die einzelnen Gruppen an die Abfassung ihrer Schlussberichte herangehen können. Diese acht Schlussberichte wiederum werden eine wichtige Grundlage bilden für den finalen Gesamtbericht der Projektleitung, die aus den zehn involvierten Gemeindeammännern und einer externen Projektbegleitung besteht.

Obwohl in den Facharbeitsgruppen noch diskutiert wird, zeichnen sich dennoch zu vielen Schwerpunkten erste Trends ab. Wenn nicht noch Aussergewöhnliches geschieht, dann werden die Facharbeitsgruppen zuhanden der Projektleitung unter anderem empfehlen:

- an der Gemeindeversammlung festzuhalten und auf die Einführung eines Einwohnerrats zu verzichten.
- für die ersten zwei Amtsperioden einen Gemeinderat mit sieben Gemeinderäten wählen zu lassen. Gewählt werden sollen die Gemeinderäte über zwei Wahlkreise. Aus dem Wahlkreis Bad Zurzach würden drei Mitglieder gewählt, aus dem Wahlkreis der übrigen Gemeinden vier Mitglieder.
- neben dem Gemeinderat eine zehnköpfige Begleitkommission (und keinen Dörferrat) zu schaffen. Gewählt würden die Kommissionsmitglieder – je eines aus jedem Ortsteil – durch den Gemeinderat, aber auf Vorschlag der Ortsteile.
- einen zentralen Verwaltungsstandort in Bad Zurzach, der mit dem

Geschäftsleitungsmodell geführt würde.

- eine Schule zu schaffen für den ganzen «Rheintal+»-Raum, mit einer dreiköpfigen Schulpflege für Kindergarten, Primarschule und Oberstufe. Als Schulstandorte genutzt werden sollen weiterhin Rietheim (Primar), Bad Zurzach (Primar, Oberstufe), Rekingen (Primar), Weiach (Primar) und Stadel (Oberstufe).
- einen an Bad Zurzach orientierten Steuerfuss, vermutlich 115 Prozent.
- einheitliche Tarife und Grundgebühren für Abfallentsorgung, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung einzuführen. Noch ist nicht sicher, ob in Fisibach/Kaiserstuhl eine Ausnahmeregelung notwendig ist, weil sie die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung mit Deutschland organisiert haben.
- die heute bestehenden vier Feuerwehren – «Feuerwehr Baldingen-Böbikon», «Feuerwehr Rümikon-Mellikon-Rekingen», «Feuerwehr Bad Zurzach-Rietheim» und «Feuerwehr Belchen» (Fisibach, Kaiserstuhl, Siglistorf, Wislikofen) – zu einer einzigen Feuerwehr zusammenzuschliessen. Diese hätte einen Stützpunkt, vermutlich vier Aussendepots und noch 160 Angehörige (heute 240).
- mittelfristig nur noch einen Forstbetrieb im «Rheintal+»-Raum anzustreben. Heute sind auf dem betreffenden Gebiet fünf Forstreviere aktiv. Der Zusammenschluss soll in Etappen erfolgen. Zu schaffen wäre dann ein zentraler Forstwerkhof, die Schneeräumung müsste weiterhin dezentral erfolgen.
- alle heutigen Ortsbürgergemeinden – Wislikofen hat seit 1940 keine mehr – zu einer einzigen Ortsbürgergemeinde zusammenzuschliessen.
- eine zehnköpfige Kulturkommission mit Vertretern aus jeder Gemeinde aufzubauen.
- die kulturellen Veranstaltungen und die Vereinsaktivitäten auf übergeordneter Ebene zu koordinieren.
- eine Jugendkommission, vielleicht sogar ein Jugendparlament ins Leben zu rufen.